



Contergan 'Wir schweigen nicht mehr aus Angst!'

Contergan 'Wir schweigen nicht mehr aus Angst!'

Zwei Tage nach der 1. Beratung zum Conterganstiftungsgesetz im Deutschen Bundestag am Donnerstag, den 14.3.2013, meldet sich der BCG - Bund Contergangeschädigter und Grüenthalopfer e.V. (BCG) zu Wort: Der BCG begrüße ausdrücklich das Ziel der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und der FDP, die Conterganhöchstrente auf etwa 7000,- € anzuheben und gemäß den Handlungsempfehlungen der Studie der Universität Heidelberg weitere Leistungen für die Conterganopfer zu ermöglichen.
Doch vermisse man eine erhebliche Beteiligung der Firmen der Grüenthaleigentümer-Familie Wirtz. 'Es ist schon sehr befremdlich, wenn kurz vor der Bundestagswahl die 3 größten Fraktionen gemeinschaftlich die Allgemeinheit wie vor 40 Jahren wieder alleine zur Kassen bitten wollen, ohne öffentlich die Familie Wirtz aufzufordern, sich an den Kosten zu beteiligen.' so Andreas Meyer vom BCG. 'Wenn es die Parteien nicht schaffen, sich die Kosten für die Leistungen nach dem Conterganstiftungsgesetz für die Allgemeinheit von der Familie Wirtz wieder zurückzuholen, dann holen wir es eben von der Familie Wirtz für die Allgemeinheit wieder zurück.' so Meyer weiter. Der BCG wird kurz vor der Verabschiedung des Gesetzes eine Wahlempfehlung an alle Bürger dieses Landes für die Parteien abgeben, die in Sachen Contergan den Steuerzahler nicht wieder alleine die Zeche zahlen lassen möchten.
Ferner vermisse man eine Demokratisierung der Conterganstiftung. In sämtlichen entscheidungserheblichen Gremien der Stiftung müssten Conterganopfer mehrheitlich vertreten sein. Auch müssen Vertreter der von der Stiftung betreuten ausländischen Contergangeschädigten in der Conterganstiftung einen Platz haben. Schließlich sei es nach Auffassung des BCG nunmehr an der Zeit, einen endgültigen Schlusstrich zu ziehen und sämtliche der Firma Grüenthal nahestehenden Personen aus der Conterganstiftung zu entfernen. Wegen des erheblichen Nachbesserungsbedarfs an dem Gesetzentwurf der CDU/CSU/SPD/FDP fordert der BCG eine weitere Anhörung mit den Betroffenen. '40 Jahre lang haben wir alles erduldet und geschwiegen. Und man hat uns alles genommen. Wir schweigen nicht mehr aus Angst!' sagt Meyer.

BCG - Bund Contergangeschädigter
und Grüenthalopfer e. V.

Herr Andreas Meyer (1. Vorsitzender)
Dohmengasse 7 , 50829 Köln
Email: bcg-brd-dachverband@gmx.de
Webseite: www.gruenenthal-opfer.de
Telefon : 0221 / 9505101
Fax: 0221 / 9505102
Mobil: 0172 / 2905974

Pressekontakt

BCG BRD Dachverband

50829 Köln

bcg-brd-dachverband@gmx.de

Firmenkontakt

BCG BRD Dachverband

50829 Köln

bcg-brd-dachverband@gmx.de

Der BCG ist eine neue Bundesorganisation für Contergangeschädigte, die frei und unabhängig von der Einflussnahme seitens der Conterganherstellerfirma Grüenthal GmbH und deren Handlangern die Interessen der Conterganopfer bundesweit vertritt. Dringlichstes Ziel des BCG ist es, den contergangeschädigten Betroffenen ein selbstbestimmtes und emanzipiertes Leben in Menschsein und Würde zu erhalten und ermöglichen. Daher setzt sich der BCG mit medienwirksamen Maßnahmen dafür ein, dass die Firma Grüenthal GmbH alle Schäden mit samt ihren Folgewirkungen für die Lebenssituation der Contergangeschädigten ersetzt. Der BCG leistet zudem individuelle Hilfe zur Selbsthilfe bei allen pädagogischen, psychologischen, medizinischen, alters- sowie pflegebedingten, sozialen und beruflichen Belangen der vertretenen Betroffenen zur Rehabilitation, Integration und gleichberechtigten Teilhabe an und in der gesellschaftlichen Lebenswirklichkeit. Der BCG ist Ansprechpartner für die Medien, die Bundesregierung, die dafür zuständigen Ministerien, Verwaltungen und Behörden zu allen Themen rund um den Wirkstoff Thalidomid. Der BCG nimmt zu allen Themen rund um den Wirkstoff Thalidomid öffentlich Stellung. Ein weiteres Thema des BCG ist von Hause aus die Korruption in all ihren gesellschaftlichen Facetten, weil der bisherige Ausgang des Contergankandals nicht ohne das Vorhandensein von Korruption zu erklären ist. Der BCG betrachtet die Korruption als sozialschädlichste Geißel jeder Gesellschaftsordnung, weil sie die individuelle Freiheit und Unversehrtheit des Einzelnen sowie die demokratischen und sozialstaatlichen Strukturen eines jeden Gemeinwesens zerstört. Der BCG möchte daher auch zwischen den Sozialverbänden und solchen Organisationen, die sich der Offenlegung und Ächtung der Korruption angenommen haben, eine Schnittstelle bilden, in der ein Zusammenhang aufgezeigt wird zwischen der in einer Wohlstandsgesellschaft eigentlich unnötigen sozialen Bedürftigkeit und der Korruption als deren wirkliche soziale Ursache.